

**Offener Brief an den Verantwortlichen der
Freien und Hansestadt Hamburg**

nachrichtlich an die Hamburger Print- und Onlinemedien

Herrn
Olaf Scholz
Erster Bürgermeister
der Freien und Hansestadt Hamburg
Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Hamburg, den 23. Oktober 2014

***Initiative HansaMarkt soll leben! - An 8 Sonntagen im Jahr auf dem
Hansaplatz in Hamburg St. Georg
Hierzu unsere Petition: Das Stadtteilkulturprojekt mit Erlebnis + Wissen
und Regionaleinkauf - Jeden 2. Sonntag von April bis November***

Sehr geehrter Herr Scholz!

Mit Schreiben vom 05. und 12.06.2014 baten wir Sie um ein persönliches Gespräch bei Übergabe unserer o. g. Petition. Bedauerlicherweise haben Sie unserer Bitte nicht entsprochen, und uns an das Bürgerbüro bzw. den Hamburger Pressesprecher des Senats verwiesen, wo wir die Unterschriftenlisten abgeben sollten.

Nun haben wir sicherlich Verständnis dafür, dass Sie sich als Bürgermeister nicht mit dem so genannten "Fußvolk" treffen möchten, zumal es sich ja hier um eine politisch brisante Angelegenheit handelt. Daher senden wir Ihnen die Unterschriftenlisten nun per Post und wenden uns gleichzeitig mit einem offenen Brief an Sie.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals in Erinnerung rufen, dass unser Projekt HansaMarkt, Erlebnis + Wissen und Regionaleinkauf unseres gemeinnützigen Kunst- und Kulturvereins mit öffentlichen Mitteln aus dem Stadtteiffonds Hamburg-Mitte, Mitteln der Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) sowie privaten Förderern unterstützt wurde, und mit großem Erfolg am 11.11.2012, 14.04. und 14.07.2013 auf dem Hansaplatz stattfand.

-2

Leider haben das Bezirksamt und die politischen Gremien im Bezirk Hamburg-Mitte mit allen Mitteln eine Fortführung dieses Familien- und kinderfreundlichen Kulturprojektes verhindert, und sich dabei lediglich auf das Feiertagsschutzgesetz berufen. Man hat sich weder mit unserem Konzept befasst, noch uns beratend und kooperativ zur Seite gestanden! Im Gegenteil: Man hat sich sogar über ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil von 1991 hinweggesetzt.

So etwas nennen wir "Stadtteildiktatur!"

Es ist ein politischer Skandal, was hier im Bezirk Hamburg-Mitte passiert. Politik und Behörden bekämpfen und verbieten mit fadenscheinigen Argumenten ein positives Stadtteilkulturprojekt, dann lässt man den Hansaplatz jahrelang verwahrlosen, der für mehrere Millionen an Steuergeldern "todsaniert" wurde, und wundert sich auch noch, wenn es Anwohner, Gewerbetreibende und Besucher gibt, die sich darüber in den Medien beschweren.

Fakt ist, hätte man unser sinnvolles Stadtteilkulturprojekt nicht verboten, wären die unzumutbaren Zustände auf dem Hansaplatz auch nicht erst eingetreten. Denn mit diesen dummen und arroganten politischen Entscheidungen hat man Geister gerufen, die man nicht mehr loswird.

Wir sind seit über 10 Jahren als gemeinnütziger Kunst- und Kulturverein in unmittelbarer Nähe zum Hansaplatz tätig, der wertvolle Arbeit im Stadtteil St. Georg leistet. Dazu gehören unzählige Kinder- und Jugendprojekte mit Schulen und Kindergärten, über 180 Ausstellungen mit bildenden Künstlern, diverse Kulturveranstaltungen und unsere Projekte "hansabunt" und "HansaMarkt" auf dem Hansaplatz.

Wir kennen uns also bestens in diesem Stadtteil aus. Insofern hätte man locker seitens der Behörde und Politik eine Ausnahmegenehmigung für 2 Jahre erteilen können, zumal der Hansaplatz ein Entwicklungsgebiet ist.

Im Übrigen arbeiten Prostituierte und Drogenhändler auch jeden Sonntag. Haben die etwa eine Sondergenehmigung vom Verbraucherschutzamt erhalten? Und ganz zu schweigen von den unzähligen Trink- und Spielhallen, Stundenhotels und Wettbüros in St. Georg.

Fazit:

1. Ist uns durch das Verhalten der Politik und Behörde ein schwerer finanzieller Schaden plus Rufschädigung entstanden.
2. Wurden öffentliche Mittel, die uns als „Anschubfinanzierung“ für dieses Projekt vom Stadtteilbeirat St. Georg bewilligt wurden, in den Sand gesetzt, d. h. verschwendet. Wir haben den Landesrechnungshof hiervon in Kenntnis gesetzt.
3. Wurden unsere Gesprächsangebote von Ihrem Bezirksamtsleiter Andy Grote ignoriert, diverse Schreiben und E-Mails blieben unbeantwortet.
4. Sind Gespräche mit Johannes Kahrs und Falko Drossmann in alter sozialdemokratischer Manier abgelaufen, und zwar mit dem "Unvertrauen der SPD in die Kraft neuer Konzepte und abgehobenem Duktus."
5. Wehren wir uns gegen dieses kulturlose, Kinder- und familienfeindliche Verhalten vom Bezirksamt Hamburg-Mitte. Im Klartext: Wir haben diese politische Bevormundung satt!



Wir fordern daher gleiches Recht für alle und beziehen uns insbesondere auf Fischmarkt und Hauptbahnhof. Denn der HansaMarkt bietet mehr als schnöden Kommerz: Kleine Erzeuger mit sauberen, saisonalen und handgemachten Produkten aus unserer Metropolregion, mit Informationen zur Förderung des Bildungsbewusstseins in Sachen Ernährung, Tier- und Umweltschutz, Artenvielfalt, Heimatkunde, saisonales Kochen sowie Angebote für Kinder und Jugendliche zur erlebnisreichen Wissensmehrung und „Jugend trifft Kunst“ - kreativ sein mit Künstlern.

Und warum ausgerechnet am Sonntag? Weil insbesondere Eltern mit Kindern und arbeitende Menschen dazu eingeladen sind, und weil die Landleute dann Zeit für UNS haben.

Herr Scholz, Sie haben nun die Wahl und wir den Salat!

Ihrer schriftlichen Stellungnahme bis zum **9.11.2014** entgegensehend grüßen
“eintausendeinhundert Menschen“, die uns in der Forderung unterstützen:

“HansaMarkt soll leben - an 8 Sonntagen im Jahr auf dem Hansaplatz in Hamburg St. Georg“

sowie der

StallMeister/Weltverbesserer
Andreas Düvel

Anlage: Unterschriftenlisten mit 1.100 Unterzeichnern



Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

Senatskanzlei

Senatskanzlei - Bürgerbüro, Postfach 105520, D-20038 Hamburg

Kunstraum Hosenstall
Herrn Andreas Düvel
Elmreichstraße 28

20099 Hamburg

Bürgerbüro
BO 1

Rathausmarkt 1
D - 20095 Hamburg
Telefon (0 40) 4 28 31-24 11
Telefax (0 40) 4 28 31-28 25

E-Mail buergerbuero@sk.hamburg.de

Az: BO1/5282/2014

31. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Düvel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Oktober 2014 an Herrn Bürgermeister Olaf Scholz und die darin übermittelten Unterschriften.

Bei der von Ihnen angesprochenen Thematik handelt es sich zum einen um eine den Bezirk betreffende Angelegenheit. Darüber hinaus kritisieren Sie auch das Hamburgische Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz). Ich habe Ihr Schreiben daher sowohl der Leitung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte als auch der Präsidentialabteilung der für das Ladenöffnungsgesetz fachlich zuständigen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zugeleitet.

Darüber hinaus bitte ich um Verständnis dafür, dass der Senat davon absieht, offene Briefe in der Sache zu beantworten, die gleichzeitig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden oder zur Veröffentlichung bestimmt sind.

Mit freundlichen Grüßen



René Alfeis